

**Die Digitalisierung verkommt zum Machtinstrument** 2

**Neue Seidenstraße: China auf der Flucht vor der Krise** 4

**Italexit und eine Euro-Krise sind nicht auszuschließen** 6

**EU-Parlamentswahl: Noch einmal gut gegangen?** 8

**Donald Trump als Kämpfer gegen die Feinde der USA** 10

**Der liberale Verfassungsstaat – ein unbekanntes Wesen, nicht nur für Putin** 12

**Abo-Service:**  
vvg@inode.at

**Jahresabonnement:**  
**Österreich: € 56,00**  
**inkl. MwSt.,**  
**außerhalb**

**Österreichs: € 60,00.**

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.

Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon  
Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6  
Tel.: 00 43 1 523 74 56  
Druck: Robitschek, 1050 Wien.  
e-mail: vvg@inode.at

Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.



# Die Digitalisierung verkommt zum Machtinstrument

Von Ronald Barazon

**D**er 1. Mai, der „Tag der Arbeit“ wurde heuer nach langem wieder zum Tag des Protests der Arbeitnehmer. Die Unruhen fügen sich europaweit in die allgemeine Unzufriedenheit, die auch bei Wahlen zum Ausdruck kommt und die Rechtsparteien stärkt. Die entscheidende Ursache für die Verärgerung der Bevölkerung ist paradoxer Weise die Digitalisierung. Heißt es nicht: Die moderne Technik bringt den Menschen mehr Freiheit und den Unternehmen, auch den kleinen, bisher ungeahnte, neue Chancen. Theoretisch.

In der Realität des Alltags verkommt die Digitalisierung zu einem Machtinstrument, das von Managern, Bürokraten, Politikern und Internet-Firmen missbraucht wird, um die eigene Position zu stärken und den Freiraum der Individuen und der Betriebe einzuschränken.

## Moderne Sklaven statt eigenständiger Mitarbeiter

Dass sich Widerstand regt, ist positiv zu bewerten, allerdings ist offenbar vielen Demonstranten nur diffus bewusst, wogegen sie auftreten. Auch entwerfen gewaltbereite Gruppen etwa in Frankreich viele Aktionen zu Vandalismus, der nur abgelehnt werden kann. Der größte Schaden ist in der Wirtschaft zu beobachten: In zahlreichen Unternehmen wird die Digitalisierung nicht effektiv zur Modernisierung der Unternehmen und zur Erschließung neuer Geschäftsfelder eingesetzt.

Man beschränkt die Digitalisierung vor allem auf Rationalisierungen, die die Kündigung von Mitarbeitern ermög-

lichen. Ob diese anderswo produktiv eingesetzt werden könnten, wird selten gefragt. Besonders beachtet wird die Automation bis hin zum Einsatz von Robotern in der Produktion.

## Die Überwachung der Arbeitssklaven

Damit nicht genug: Die Mitarbeiter-Kontrolle wurde schon seit langem durch die Großraumbüros forciert. Man ging davon aus, dass die gegenseitige Beobachtung den Arbeitseifer stärken würde.

Mit Hilfe der Computer wird neuerdings auch der Einsatz überprüft. Geräte, die länger nicht benützt werden, zeigen, dass der Mitarbeiter, die Mitarbeiterin nicht fleißig ist. Man riskiert, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Vielfach gibt es keinen fixen Arbeitsplatz, man hat nur eine rollende Kiste und erobert täglich einen freien Schreibtisch. Das Ergebnis: Die Mitarbeiter in den Büros werden zu modernen Arbeitssklaven degradiert. Und in der Produktion braucht man durch die Auto-

mation immer weniger Personal. Erinnerungen an das 19. Jahrhundert werden wach. In Seminaren wird von den eigenständigen, kreativen Mitarbeitern gesprochen, die im Rahmen von überschaubaren Gruppen zum Erfolg des Unternehmens beitragen. Dieses Bild ist nicht in vielen Betrieben anzutreffen.

## Gewerkschaften ohne Antworten

Angesichts der vielfach problematischen Arbeitsbedingungen fordern Viele von den Arbeitnehmervertretungen eine konstruktive Unterstützung. Die Erwartungen werden nicht erfüllt und die Enttäuschung verstärkt die weit verbreitete Unzufriedenheit und führt zu Protesten.

## Gefangen in alten Parolen

Die Gewerkschaften haben bislang offenbar keine Perspektiven für das digitale Zeitalter anzubieten. Hier sei der Deutsche Gewerkschaftsbund stellvertretend für alle entsprechenden Organisationen in Europa zitiert. Der Aufruf des DGB für den 1. Mai blieb im Schema der traditionellen Forderungen. „Die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen Vorrang haben vor den Interessen der Unternehmen. Wir brauchen mehr